

Parlament spricht 141 Millionen für Laborneubau

Aktualisiert am 20.01.2015 2 Kommentare

Das Berner Kantonsparlament hat am Dienstag für den Neubau eines Forschungslabors der Uni Bern einen millionenschweren Kredit gesprochen. Im Gebäude sollen das Institut für Rechtsmedizin und das Departement für Klinische Forschung untergebracht werden.



Das neue Labor der Universität Bern soll an der Murtenstrasse und somit in der Nähe des Inselspitals entstehen.
Bild: Susanne Keller

Artikel zum Thema

Uni Bern erhält neue Labors für medizinische Forschung

Teilen und kommentieren

141 Millionen Franken: Diesen Kredit hat das Parlament für den Neubau des Labors der Universität Bern für das Institut für Rechtsmedizin und das Departement für Klinische Forschung gesprochen.

Diese beiden Institutionen sind heute auf fast zwanzig Standorte in Bern verteilt. Dazu kommt, dass die bestehenden Labors heutigen Anforderungen nicht mehr genügen.

Der Neubau soll an der Berner Murtenstrasse entstehen, im Umfeld des Universitätsspitals Insel. Der Baubeginn ist für den kommenden Sommer geplant. Bezogen werden soll der Neubau 2019.

Widerstand wegen Tierversuchen

Gegen das Projekt regte sich Widerstand von Tierrechtsorganisationen und von der Alternativen Linken Bern. Sie kritisierten, dass ein Teil des Neubaus für die Haltung von Tieren für Tierversuchen diene.

Grossrätin Simone Machado Rebmann (GPB-DA/ Bern) verwies im Parlament auf eine von über 3000 Personen unterzeichnete Petition im Zusammenhang mit den Tierversuchen an der Universität Bern. «Das Geschäft hat also Referendumspotenzial», sagte Machado Rebmann und forderte die Rückweisung des Kreditgeschäfts.

Damit drang sie im Rat allerdings nicht durch. Es wäre komplett falsch, Tierversuchsfragen mit einem Baugeschäft zu vermengen, fanden alle Fraktionen. Das wäre, wie wenn man bei einem Schulhausneubau über den Lehrplan 21 diskutierte, zog Martin Aeschlimann (EVP/ Burgdorf) einen Vergleich.

Tierschutz mit einbezogen

In das Bauprojekt sei der Tierschutz mit einbezogen worden, machten verschiedene Grossrätinnen und Grossräte geltend. Alle Bestimmungen würden eingehalten.

Regierungspräsidentin Barbara Egger machte deutlich, dass in den Räumen keine Tierversuche durchgeführt werden. Vielmehr gehe es um eine Zentralisierung der Tierzucht, eine saubere Trennung von Experiment und Zucht und damit um einen besseren Schutz der Tiere vor Kontaminationen.

Der Rückweisungsantrag scheiterte mit 119 gegen 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Das Parlament lehnte ausserdem einen Antrag aus den Reihen der SP zur Parkplatzbewirtschaftung ab mit 113 zu 19 Stimmen bei 12 Enthaltungen.

Das Kreditgeschäft als solches nahm das Parlament ohne Gegenstimme mit 139 Ja und 2 Enthaltungen an.

Geld für Werft und Werkhof

Ganz ohne Diskussionen genehmigte der Grosse Rat am Dienstag einen Kredit an die BLS Schifffahrt für den Bau einer neuen Werfthalle in Thun.

Beantragt hatte die Regierung 12,8 Millionen Franken. Davon geht ein Drittel zu Lasten der Gesamtheit der bernischen Gemeinden. Dem Kanton verbleibt also Netto ein Beitrag von 8,53 Millionen Franken. Die BLS Schifffahrt muss die 110-jährige Werfthalle wegen gravierender

Mängel ersetzen. Die Halle darf aus Sicherheitsgründen nach 2016 nicht mehr benutzt werden.

9,48 Millionen Franken sprach das Berner Kantonsparlament schliesslich auch für einen neuen, zentralen Werkhof des kantonalen Tiefbauamtes in Münsingen. Kritik äusserten verschiedene Grossratsmitglieder allerdings an den hohen Projektierungs- und Wettbewerbskosten. (sih/sda)

Erstellt: 20.01.2015, 12:52 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)